



## Wohin steuert Ungarn?

Drei Szenarien zur zukünftigen Regierungspolitik  
unter Viktor Orbán

TAMÁS BOROS  
Mai 2017

- Im Frühjahr 2017 rückte die ungarische Politik erneut ins internationale Rampenlicht, diesmal aufgrund eines Gesetzes der Orbán-Regierung zum Hochschulwesen. Bereits vier Werktage nach Ankündigung wurde es vom Parlament verabschiedet. Der Präsident der Republik unterzeichnete es trotz heftiger Proteste im In- und Ausland. Obwohl mit dem Gesetz nach Aussage der Regierungsparteien der Status ausländischer Universitäten in Ungarn generell geregelt werden soll, weisen zahlreiche Umstände eindeutig darauf hin, dass es vor allem darauf abzielt, die von George Soros gegründete Central European University (CEU) aus Ungarn zu vertreiben.
- Die außenpolitische Isolierung des Fidesz – Magyar Polgári Szövetség (Fidesz – Ungarischer Bürgerbund) und Ungarns wird durch die immer engere Beziehung Viktor Orbáns zu Wladimir Putin noch verstärkt. Während die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Vereinigten Staaten, George Soros oder die Willkommenskultur von Angela Merkel tagtäglich in der Regierungskommunikation als »Feinde Ungarns« bezeichnet werden, ist Putin in der Rhetorik der Fidesz-Politiker ebenso unantastbar wie in den staatlichen und regierungsfreundlichen Medien.
- Für die Zeit bis zu den Wahlen 2018 sind für die Regierungspolitik von Ministerpräsident Viktor Orbán drei Szenarien möglich: Beim ersten, dem »Szenario Positiv-Wahlkampf«, könnte der Fidesz versuchen, die Wähler\_innen, wie im letzten Wahlkampf, mit einer Rhetorik zu gewinnen, bei der die Erhöhung des Lebensstandards in den Mittelpunkt gerückt wird. Das zweite wäre das »Szenario der Radikalisierung«. Es ginge von der Annahme aus, dass der Fidesz alle Faktoren, die seine Regierung in Ungarn kontrollieren, behindern oder gefährden könnten, ausschaltet. Die Kampagnen gegen George Soros, die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die EU wären somit Maßnahmen zum Aufbau eines immer stärker ausgeprägten autoritären, illiberalen Systems. Eine dritte Möglichkeit wäre das »Szenario Internationaler Druck«. In diesem würde sich die Orbán-Regierung während des Wahlkampfes weiter radikalisieren und deshalb unter starken internationalen Druck (seitens Deutschlands, der EU, der USA) geraten.

## Was ist eigentlich die Lex CEU?

Im März 2017 brachten die ungarischen Regierungsparteien eine Novelle zum Hochschulgesetz ein. Diese sollte ermöglichen, ausländische Universitäten mit zweifelhaftem Ruf, die Pseudodiplome vergeben, auszusondern. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass diese Gesetzesänderung auch für die Central European University (CEU), als renommierteste Hochschuleinrichtung in Mitteleuropa, gravierende Nachteile in sich birgt. Das Gesetz schreibt vor, dass die Universität nur auf der Grundlage eines staatlichen Abkommens zwischen der ungarischen Regierung und, in diesem Falle, den Vereinigten Staaten lehren darf. Dies bedeutet, dass der Gesetzgeber zu erreichen versucht, dass der amerikanische Präsident Donald Trump und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in der Frage der mit dem Namen George Soros verbundenen Privatuniversität eine Einigung erzielen. Und das, obwohl in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht die US-Zentralregierung, sondern die einzelnen Bundesstaaten für die Bildungspolitik zuständig sind. Darüber hinaus würde das Gesetz die CEU verpflichten, auch in den USA einen Universitätscampus einzurichten, dort Studiengänge anzubieten, für ihre amerikanischen Lehrkräfte Arbeitsgenehmigungen einzuholen und ihren Namen zu ändern. In den vier Tagen zwischen dem Einbringen und der Verabschiedung des Gesetzes verschärfte die Regierungspartei Fidesz sogar noch seine ursprüngliche Fassung: Nunmehr sollte den Universitäten nur noch sechs Monate zur Regelung all dieser Fragen bleiben. Anderenfalls dürfen sie ab 2018 keine neuen Studierenden mehr immatrikulieren.

Wegen der Gefährdung von Bildungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie der »auf eine Person« (eine einzige Einrichtung) zugeschnittenen Gesetzesnovellierung begann eine noch nie dagewesene Solidaritätsaktion für die CEU und gegen die Absichten der Orbán-Regierung. Führende Universitäten weltweit (von der Harvard University bis zur London School of Economics), die meisten ungarischen Hochschuleinrichtungen, der Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, mehrere Tausend ungarische und internationale Volkswirtschaftler\_innen, Wissenschaftler\_innen und Akademiker\_innen, zahlreiche nobelpreisgekrönte Ökonom\_innen und weltberühmte Schriftsteller\_innen, ja selbst der vormalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan – sie alle forderten, das Gesetz zurückzuziehen. Auch ein Teil der Verbündeten Orbáns kritisierte das Gesetz scharf, so seine frü-

here rechte Hand, Tibor Navracsics, heute ungarischer Kommissar in der Europäischen Kommission und einer der Väter des illiberalen Systems, und der Fraktionsführer der Europäischen Volkspartei, der CSU-Politiker Manfred Weber, der 2014 noch für Orbán im Wahlkampf in Budapest auftrat.

Obwohl viele – und vermutlich auch die Fidesz-Politiker – damit gerechnet hatten, dass das Thema CEU nur einige wenige Intellektuelle betrafte und deshalb die Mehrheit in der Gesellschaft nicht interessierte, begannen in Budapest Großkundgebungen mit Zehntausenden von Teilnehmer\_innen. Junge Menschen, die bis dahin einen großen Bogen um die Politik und oppositionelle Bewegungen gemacht hatten, demonstrierten gegen die Orbán-Regierung. Ganz offensichtlich war die Lex CEU der Funke, der die vorhandene Unzufriedenheit mit dem Orbán-System explodieren ließ.

Das Besondere an dieser Gesetzesänderung ist, dass es sich bei ihr nicht nur um eine einfache Novellierung handelt, sondern in ihr alle negativen Elemente des Orbán-Systems zum Zuge kommen: autoritäre Bestrebungen, künstliche Feindbildgenerierung, Nationalismus und Abbau des Bildungssystems in Ungarn.

## Orbán's außenpolitischer Irrtum

Obwohl die Orbán-Regierung beim Attackieren der CEU sicherlich mit internationaler Empörung gerechnet hatte, ging der Ministerpräsident wohl davon aus, dass diese Affäre genauso enden würde wie seine früheren skandalbehafteten Aktivitäten. Die Drehbücher, nach denen diese abgelaufen waren – angefangen beim neuen Mediengesetz bis hin zum neuen Grundgesetz – waren immer gleich:

A) Die Regierung kündigt eine mit den Werten der liberalen Demokratie unvereinbare Rechtsvorschrift an. B) Linke und Liberale in Ungarn und Europa protestieren. C) Einige Tausend Oppositionelle gehen auf die Straße. D) Der Fidesz schlägt politisches Kapital daraus, dass »das Land aus dem Ausland angegriffen/kritisiert« wird. E) Die Fidesz-Stammwählerschaft stört sich an der fraglichen Angelegenheit nicht. F) Europäische Institutionen und andere Länder verurteilen das fragliche Gesetz, doch ernstere rechtliche und politische Konsequenzen bleiben aus. Im äußersten Fall werden einzelne Regelungen zurückgenommen.

Auch im Falle der CEU hatte der Fidesz wohl mit einem ähnlichen Ausgang gerechnet. Mehr noch: In Missdeutung der außenpolitischen Ziele Donald Trumps ging man davon aus, dass es die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht stören werde, wenn die ungarische Regierung eine amerikanisch-ungarische Universität, die mit dem Namen George Soros verbunden ist, angreife. 2016 äußerte sich der Ministerpräsident dazu ganz offen: *»Von höchster weltlicher Stelle (den USA) haben wir die Erlaubnis erhalten, dass auch wir uns an die erste Stelle setzen können. Das ist eine großartige Sache, eine große Freiheit, ein großes Geschenk. Wenn wir Trumps Worte verstehen, ist klar, wie die grundlegende Botschaft der anstehenden riesigen Veränderung lautet: Jede Nation hat das Recht, sich an die erste Stelle zu setzen.«* Orbáns Interpretation zufolge finden die »Interventionspolitiker« der amerikanischen Demokraten und die Verteidigung liberaler Werte mit der Wahl von Donald Trump ein Ende. Dem NATO- und EU-Mitglied Ungarn werde damit freie Hand gelassen, seine Staatsordnung und Außenbeziehungen so zu gestalten, wie es selbst es möchte. Hinzukommt, dass Donald Trump und sein Umfeld häufig scharfe Kritik an George Soros geübt hatten, weshalb Orbán davon ausging, dass sich die neue amerikanische Administration nicht gegen eine Anti-Soros-Politik stellen werde.

Diese Interpretationen und Vermutungen erwiesen sich jedoch als außenpolitischer Irrtum. Sofort nach der Einbringung des Gesetzes gab die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Ungarn auf demonstrative Weise mit Abzeichen »I stand with CEU«, mit Mitteilungen und gemeinsamen Fotos mit CEU-Studierenden zu verstehen, wo die USA in diesem politischen Kampf stehen. Doch nicht nur über die Botschaft äußerte sich die amerikanische Regierung: Der Sprecher des US-Außenministeriums forderte die ungarische Regierung auf, das zwecks Schließung der CEU erlassene Gesetz nicht anzuwenden. Zudem betonte der Stellvertretende Staatssekretär im Außenministerium der Vereinigten Staaten Hoyt Brian Yee bei seinem Besuch in Budapest, dass die CEU die uneingeschränkte Unterstützung der US-Regierung genieße.

Diese Reaktionen zeigen deutlich, dass die Vereinigten Staaten von Amerika alles zum Schutz der Universität tun und Ministerpräsident Viktor Orbán – nach seinen Auseinandersetzungen mit der Obama-Administration – trotz der ideologischen Ähnlichkeiten in den nächsten

Jahren nicht mit der Unterstützung von Präsident Donald Trump rechnen kann. Die CEU-Frage machte der ungarischen Regierung deutlich, dass nicht nur solche politisch »zahnlosen Tiger« wie die ungarischen Intellektuellen, das Europäische Parlament oder ausländische Universitäten die Maßnahme der Orbán-Regierung missbilligen, sondern auch die Weltmacht »Nummer eins«.

## Die internationale Isolierung verstärkt sich

An internationale Kritik hat sich die ungarische Regierung in den letzten Jahren gewöhnt, und auch daran, dass »diplomatische Mahnungen« keine ernsthafteren Konsequenzen haben. Fidesz-Wähler\_innen lesen keine Zeitschriften wie *Der Spiegel* oder *The Economist*, und so ist nicht von Belang, was dort über Orbán geschrieben wird – so lässt sich die Haltung der Regierungspartei zur internationalen Beurteilung Viktor Orbáns zusammenfassen. Richtig hat der Fidesz auch erkannt, dass er ungehindert die Verfassung, die institutionelle Ordnung und die Außenpolitik Ungarns verändern kann, solange er von der Europäischen Volkspartei auf der europäischen Ebene geschützt wird, solange Angela Merkel in Berlin Viktor Orbán nicht für eine große Gefahr hält und solange für den US-Präsidenten die politische Lage in Ungarn nicht die wichtigste außenpolitische Frage in Washington ist. Darüber hinaus verstand und versteht sich der Fidesz auch meisterhaft auf die Politik der Doppelzüngigkeit: Während in Ungarn eine Regierungskampagne mit dem Motto »Stoppt Brüssel« auf Riesenplakaten gestartet wird, unterschreibt Viktor Orbán in Rom die feierliche Erklärung zur Einheit der Europäischen Union. Während in Ungarn in den staatlichen Medien und in Regierungsverlautbarungen kein einziges kritisches Wort über Wladimir Putin oder die Türkei Erdogans geäußert wird, stimmt die Regierungspartei in Brüssel seelenruhig für Sanktionen gegen Russland und den Berichten des Europäischen Parlaments zu, in denen Kritik an der Türkei geübt wird. Jahrelang schien Viktor Orbáns Strategie aufzugehen, die er einmal der diplomatischen US-Vertretung in Budapest gegenüber sinngemäß so in Worte fasste: Man solle nicht darauf achten, was er sage, sondern auf das, was er tue. Die nationalistische, illiberale und EU-feindliche Rhetorik im eigenen Land koexistiert bisher ohne Schwierigkeiten mit dem entgegengesetzten Verhalten des Fidesz im Ausland.

Die Lex CEU ist zusammen mit der gleichzeitig gestarteten staatlichen EU-feindlichen Plakatkampagne und dem neuen Gesetz zur Stigmatisierung von NGOs, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, selbst für frühere Fidesz-Parteigänger\_innen dann doch sichtbar zu viel. Bisher verteidigte die europäische rechte Mitte Orbán, doch in letzter Zeit wird die Frage nach einem Ausschluss des Fidesz aus der Europäischen Volkspartei so ernsthaft wie nie zuvor gestellt. Nicht nur, dass Jean-Claude Juncker alle der Europäischen Volkspartei angehörenden Regierungschefs aus den EU-Ländern zusammenrief, um zu diskutieren, ob Orbán und seine Partei noch christdemokratisch seien, auch Manfred Weber von der CSU twitterte an Orbán, dass »die Freiheit des Denkens, der Forschung und der Rede unabdingbare europäische Werte sind, und die Europäische Volkspartei diese um jeden Preis verteidigen wird«. Frank Engel, EP-Abgeordnete der luxemburgischen Christlich Sozialen Volkspartei (CSV), formulierte es geradeheraus so: »(...) warum verlasst ihr (Fidesz, d.V.) die Volkspartei und die ganze EU nicht selbst? Praktisch sind sie sowieso auf dem Weg dahin. Also sollen sie gehen!«

Noch weiter verstärkt wird die außenpolitische Isolierung des Fidesz und Ungarns durch die immer engeren Beziehungen zwischen Viktor Orbán und Wladimir Putin. Während die Europäische Union, der IWF, die Vereinigten Staaten, George Soros oder die Willkommenskultur von Angela Merkel tagtäglich in der Regierungsrhetorik »als Feinde Ungarns« auftauchen, ist Putin in der Rhetorik der Fidesz-Politiker\_innen ebenso unantastbar wie in den staatlichen und regierungsfreundlichen Medien. Im Orbánschen Weltbild befinden sich die Feinde Ungarns im Westen, nicht im Osten. Für die guten Beziehungen zwischen Orbán und Putin kann es zahlreiche Gründe geben. Ein Grund ist zweifellos in der Energieabhängigkeit Ungarns von Russland zu finden: Russland deckt fast den gesamten Erdgasbedarf des Landes ab, und mit Russland hat die Orbán-Regierung auch einen Vertrag über den Bau neuer Atomreaktoren abgeschlossen. Auch die geografische Lage Ungarns kann ein Grund dafür sein, dass man auf Kritik an der russischen Politik verzichtet und es eine reale Strategie seitens der Regierung ist, Ungarn aus kommerzieller und politischer Sicht eine Brückenfunktion zwischen Westeuropa und Russland zu sichern. Dennoch lässt sich unter rationalen politischen Gesichtspunkten nur schwer erklären, warum Ungarn in den letzten Jahren zu einem Durchgangshaus für den russischen Geheimdienst geworden ist, warum

sich Wladimir Putin und Viktor Orbán einmal im Jahr treffen und warum sich die regierungsnahen Medien kritiklos in Putinfreunde verwandelt haben. Dieses spezielle ungarisch-russische Verhältnis stellt in den anderen Mitgliedstaaten der EU und NATO die Werte und Rolle der ungarischen Regierung als Bündnispartner in Frage.

## Warum die Angriffe auf George Soros?

Auf Grund der bisherigen Darlegungen stellt sich zu Recht folgende Frage: Wenn die Lex CEU zu Demonstrationen von Zehntausenden, zur internationalen Isolierung und zum Verlust konservativer Partner der ungarischen Regierung führt, wozu dient dieses Vorgehen? Warum muss George Soros attackiert werden? Die Antwort darauf ist in erster Linie in der Politikauffassung des ungarischen Ministerpräsidenten zu suchen. Für Viktor Orbán ist Politik ein Kampf, der politische Gegner ein Feind. Das eigene politische Lager kann mittels symbolischer Kämpfe zusammengehalten werden. Und von fachpolitischen Misserfolgen lässt sich mittels Änderung der politischen Agenda ablenken. Legt man diese Prinzipien zugrunde, so befindet sich Ungarn seit 2010 fortlaufend »im Kampf«. So kämpfte Viktor Orbán schon mit der EU, dem IWF, den multinationalen Unternehmen, den USA, den Nichtregierungsorganisationen und natürlich den Zuwander\_innen und Flüchtlingen. Der Einsatz bei diesen Kämpfen ist immer die Bewahrung der Souveränität des Landes. Der Rhetorik Orbáns zufolge gefährden diese Souveränität in rechtlichem Sinne die EU und aus dem Ausland finanzierte Nichtregierungsorganisationen, in finanziellem Sinne der IWF und ausländische Firmen und in »physischem« Sinne die Flüchtlinge. Die Verteidigung der Souveränität des Landes ist in Ungarn eine leicht aufzubauende Legende, denn im Kopf eines\_einer jeden Ungar\_in leben die zahllosen blutigen Konflikte der ungarischen Geschichte fort, als die Heere des Türkischen Reichs, des Habsburgerreichs oder der Sowjetunion das Land besetzt hatten.

In diesem Kampf eignet sich auch die Person George Soros, um als Feindbild zu fungieren: Er ist ein ausländischer Milliardär ungarischer Herkunft, der kosmopolitisch-liberale Ansichten vertritt, der gegen Nationalismus und sich nach außen absperrende Gesellschaften auftritt und der außerdem in der letzten Zeit mit Äußerungen zugunsten der Flüchtlinge genau das Gegenteil zu Orbáns Zuwanderungspolitik verkörpert. Aus dem Ausland för-

dert er finanziell die Verbreitung liberaler Demokratieauffassungen (die dementsprechend regierungsfeindlich sind), was nach Orbáns Logik einen Eingriff in die Souveränität des Landes und einen ausländischen Angriff auf die Person des Ministerpräsidenten darstellt. Nur für eine Minderheit der Ungar\_innen ist George Soros ein Vorbild. Die Mehrheit steht ihm gleichgültig gegenüber, während rechtsextreme Organisationen ihm gegenüber seit Jahrzehnten feindselige Gefühle hegen. So ist ein ausländischer Feind gegeben, der in der Gesellschaft kaum Unterstützung findet, sich dazu eignet als Basis für Verschwörungstheorien zu dienen und die Antithese zu Orbáns Politik verkörpert.

Dadurch allerdings, dass Orbán zuerst nicht Soros selbst, sondern die mit seinem Namen verbundene Universität angriff, brachte er auch solche Wähler\_innen auf, die für George Soros nie auf die Straße gegangen wären. Die Schritte der Regierung gegen Hochschulautonomie, Bildung und Wissenschaft erregten unter den Ungar\_innen in viel breiteren Kreisen Anstoß, als dies Orbán ursprünglich erwartet hatte.

Genau aus diesem Grunde wäre es durchaus denkbar, dass der Ministerpräsident sehr bald erneut »den Feind wechselt« und nach neuen geeigneten Feinden Ausschau hält. Seine Neigung, politische Gegner\_innen zu Sündenböcken zu machen und politische Maßnahmen mit deren feindschaftlichem Verhalten zu legitimieren, wurde in der Vergangenheit immer wieder deutlich. Er benötigt nämlich zu Feinden und Sündenböcken stilisierte politische Gegner\_innen, die ihm spektakuläre Siege ermöglichen - und die sich zugleich als Hassobjekte seiner Gefolgsleute oder potenzieller Wähler\_innen eignen; und die zudem noch dem Fidesz ermöglichen, eine skurrile »Schaukelpolitik« zu betreiben, nämlich einerseits Partner in der Partiefamilie der Europäischen Volkspartei und andererseits Partner Wladimir Putins zu sein.

## EU, Flüchtlinge, NGOs – was wird nun mit den anderen »Feinden«?

Nach der CEU und Soros wird der Ministerpräsident wahrscheinlich nach einem neuen Gegner suchen oder zu seinen alten, »bewährten« politischen Feinden zurückkehren – zur Europäischen Union und zu den Flüchtlingen. Solche politischen Sündenböcke bieten Orbán unterschiedliche Möglichkeiten. Zunächst erlauben zu

»Sündenböcken« gemachte Personen oder Gruppierungen eine bequeme Schuldzuweisung für gesellschaftliche Missstände und eine gleichzeitige Frontenbildung gegen solche vermeintlichen »Verursacher\_innen«. Die Flüchtlings- und Zuwandererfeindlichkeit ist in der ungarischen Gesellschaft besonders stark ausgeprägt, nicht nur in der Wählerschaft der Regierungsparteien, sondern auch unter den Wähler\_innen der Opposition und unentschiedenen Wähler\_innen. Obzwar die Ungarn die Flüchtlingsfrage nicht unbedingt für das wichtigste gesellschaftliche Problem halten, ist die auf der Flüchtlingsfeindlichkeit aufgebaute Politik für Orbán eine Henne, die goldene Eier legt. Hierbei handelt es sich nämlich um einen radikalen Standpunkt, für den Orbán nicht nur in Ungarn, sondern in ganz Europa bekannt ist. Bei der Politisierung der Flüchtlingsfrage spielen nicht nur Rhetorik, sondern reale Taten eine Rolle (Sperrzäune, Anti-flüchtlingsgesetze) und hier kann sich Orbán im Wesentlichen auf den gesellschaftlichen Konsens stützen. Somit kann und will Orbán in der Flüchtlingsfrage auch keinen politischen Richtungswechsel vollziehen. Für Orbán sind die Flüchtlinge perfekte politische Sündenböcke, denn sie sind ein viel »besseres« Thema als George Soros. Zudem empfinden die Ungar\_innen die Flüchtlinge, die Zuwanderung und einen damit suggestiv verknüpften Terrorismus als reale Gefahr. Auch deshalb wird Orbán in der flüchtlingsfeindlichen Rhetorik keinen Schritt zurückweichen.

Anders verhält es sich mit Orbáns EU-feindlicher Rhetorik. Zu mehr als 60 Prozent befürworten die Ungar\_innen die Mitgliedschaft in der EU – und damit sind die Ungar\_innen eines der EU-freundlichsten Länder auf dem Kontinent. Aus diesem Grund geht es bei Orbáns EU-feindlicher Rhetorik nicht um einen Austritt aus der EU, sondern um die Missbilligung der »Brüsseler Politik«. Insgesamt gesehen ist die Kampagne der ungarischen Regierung gegen Brüssel viel weniger erfolgreich, als die gegen die Flüchtlinge – und bei Wähler\_innen der linken Oppositionsparteien und unentschiedenen Wähler\_innen trifft sie von vornherein auf taube Ohren. Schreckensszenarien sind mit Flüchtlingsströmen und Menschen wie Soros leicht zu erzeugen; mit der EU nicht. Mit Orbáns EU-Kritik lässt sich die traditionelle EU-Befürwortung der Ungar\_innen nur dann verändern, wenn die EU-Mitgliedschaft an die Frage der Flüchtlingsaufnahme gebunden wird, sei es durch Orbán oder die Europäische Union. Mit anderen Worten: Die positive Einstellung der Ungar\_innen zu Europa und zur Mitgliedschaft in der EU

kann sich nur ändern, wenn es Orbán gelingt, glaubhaft zu machen, dass »EU« für die Aufnahme von Flüchtlingen und Zuwander\_innen steht, oder wenn eine Institution der Europäischen Union Orbán oder Ungarn wegen der Flüchtlingsfrage an den Pranger stellt.

## Szenarien für die Regierungspolitik Orbáns bis 2018

Für die Zeit bis zu den Wahlen 2018 sind für die Regierungspolitik von Ministerpräsident Viktor Orbán drei Szenarien möglich: Beim ersten, dem »Szenario Positiv-Wahlkampf«, könnte der Fidesz versuchen, die Wähler\_innen für sich zu gewinnen, indem er, wie bereits während des letzten Wahlkampfes, die Erhöhung des Lebensstandards in den Mittelpunkt stellt. Sündenböcke wären hierbei eher weniger erforderlich. Die Flüchtlingsfrage könnte noch in gewissem Maße Bestandteil der Rhetorik bleiben – zum Beispiel, indem der Fidesz in seinem Wahlkampf das Land einerseits in Parteien, »die fremde Interessen bedienen und für die Zuwanderung sind«, und andererseits in Parteien, »die nationale Interessen vertreten und gegen die Zuwanderung sind«, »aufteilt«. Angriffe auf die EU und George Soros würden jedoch von der Tagesordnung verschwinden. An ihre Stelle träte die Propagierung von Steuersenkungen oder ähnlichen materiellen Themen, die das alltägliche Leben der Menschen betreffen. Diesem Szenario zufolge würde der Fidesz bis zu den Wahlen keine neuen rechtlichen Schritte unternehmen, die gegen eine gesellschaftliche Gruppe gerichtet sind oder im gravierenden Gegensatz zum Recht und zu den Werten der EU stehen. Für dieses Szenario spricht, dass die unentschiedenen und die gemäßigeren Fidesz-Wähler\_innen von einem Wahlkampf, der auf einer Sündenbockpolitik basiert, eher abgeschreckt als überzeugt werden.

Das zweite Szenario wäre das »Szenario der Radikalisierung«. Es ginge von der Annahme aus, dass der Fidesz alle Faktoren, die seine Regierung in Ungarn kontrollieren, behindern oder gefährden könnten, ausschaltet. Die Kampagnen gegen George Soros, die Nichtregierungsorganisationen und die EU wären somit mittelfristig Maßnahmen zum Aufbau eines immer stärker ausgeprägten autoritären, illiberalen Systems. Wenn dem Fidesz die Mobilisierung der eigenen Wählerschaft wichtiger wäre als die Gewinnung neuer Wähler\_innen, könnte dieses zweite Szenario Realität werden. Obwohl eine kriegerische Rhetorik und aufgeheizte politische

Stimmung unentschlossene Wähler\_innen und solche, die die Politik nur aus der Ferne verfolgen, nicht zur Stimmenabgabe animieren, mobilisieren sie doch die Stammwähler\_innen der einzelnen Parteien. Angesichts der Tatsache, dass die Fidesz-Stammwählerschaft etwa eineinhalb- bis zweimal so groß wie die der Linken oder der Jobbik-Partei ist, könnte es für einen Sieg ausreichen, wenn sich die Regierungspartei nur auf ihre sicheren Wähler\_innen stützt. In diesem Fall wären im Wahlkampf 2017/2018 die Kritik an der Europäischen Union, die Darstellung der Nichtregierungsorganisationen als Feinde und die Etikettierung aller juristischen Entscheidungen in Luxemburg oder Straßburg als Angriff auf Ungarn entscheidende Faktoren. Im Rahmen der Sündenbockpolitik könnten sich rein kommunikative Elemente (zum Beispiel Riesenplakatkampagnen) und juristische Schritte gegen verschiedene Organisationen (zum Beispiel Diskriminierung von Nichtregierungsorganisationen, die auch Spenden aus dem Ausland erhalten) abwechseln. Leicht könnte das »Szenario der Radikalisierung« dazu führen, dass der Fidesz nach einem Wahlsieg 2018 die Sündenbockpolitik als vermeintlichen Schlüssel für seinen Erfolg weiter forciert.

Eine dritte Möglichkeit ist das »Szenario Internationaler Druck«, bei dem sich die Orbán-Regierung während des Wahlkampfes weiter radikalisiert und deshalb unter starken internationalen Druck (seitens Deutschlands, der EU, der USA) gerät. Auf Orbán hat diplomatischer Druck ohne konkrete Konsequenzen eher eine inspirierende als abschreckende Wirkung. Internationale Maßnahmen mit realen Folgen – vom Ausschluss aus der Europäischen Volkspartei, über die Aussetzung von EU-Zahlungen bis hin zu einer Verschlechterung der ungarisch-deutschen Wirtschaftspartnerschaft – könnten jedoch in zweierlei Hinsicht Ergebnisse zeitigen. Einerseits wäre es denkbar, dass Orbán unter dem Druck tatsächlicher Retorsionen bestimmte Entscheidungen zurücknimmt, andererseits aber auch, dass er internationalen Druck zu Wahlkampfzwecken nutzt und seiner Wählerschaft zeigt, dass »Ungarn angegriffen wird und vom Fidesz beschützt werden muss«. Besonders in der Flüchtlingsfrage ist es wahrscheinlicher, dass ausländischer Druck zwecks Änderung ungarischer Rechtsregelungen beim Ministerpräsidenten eher Trotzreaktionen als Nachgiebigkeit auslöst. Andererseits könnten schärfere internationale Reaktionen antidemokratische Maßnahmen von Orbán verhindern, wie es zum Beispiel 2015 der Fall war, als er die Einführung der Todesstrafe in Erwägung zog.



Insgesamt gesehen lassen es alle drei Szenarien mehr als wahrscheinlich erscheinen, dass die Sündenbockpolitik mehr oder weniger auch weiterhin Bestandteil der Orbán-Rhetorik sein wird. Welches der drei Szenarien letztendlich Wirklichkeit werden wird, hängt einerseits davon ab, wie die Reaktionen der Fidesz- Wähler\_innen auf die Sündenbockpolitik ausfallen (d. h. ob die jeweilige Regierungskampagne zur Gewinnung oder Bindung von Wählerstimmen erfolgreich ist), und andererseits davon, wie internationale Akteur\_innen reagieren. Letztere werden bei der Flüchtlingsfrage zwar keine tatsächliche Wende in der Politik Orbáns erreichen, bei anderen Themen den Ministerpräsidenten jedoch möglicherweise dazu zwingen können, von bestimmten zu Sündenböcken und Feinden erklärten Personen und Gruppen abzulassen. Orbáns Politikverständnis, dem zufolge Politik einem um die Souveränität des Landes geführten Krieg gleichkommt, werden hingegen auch sie nicht ändern. Im besten Fall können sie Orbán und die Regierung mit Hilfe gewisser Wirtschaftsanreize dazu bewegen, andere Feinde zu suchen, die außerhalb der für die EU oder die USA wichtigen Werte und Institutionen liegen.



## Über den Autor

**Tamás Boros** ist Mitbegründer und Strategiedirektor des Instituts für Politikanalysen *Policy Solutions*. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Brüsseler Denkfabrik Foundation of European Progressive Studies (FEPS) und regelmäßig Gast in politischen Analysesendungen, häufiger Interviewpartner führender internationaler und ungarischer Medien. Im Mittelpunkt seiner Publikationen und Analysen stehen die ungarische Innenpolitik, die Europaskepsis und politische Extreme.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN  
978-3-95861-819-0